

Zeit für Palästina!

Liebe Leserinnen und Leser,

auch nach vier Jahren führt das Kairos-Palästina-Dokument in Deutschland zu heftigen Auseinandersetzungen. Es appelliert an die Kirchen aus der Botschaft der Liebe gewaltfrei Widerstand zu leisten. Der Katholikentag in Mannheim 2012 hatte nach Spannungen dazu ein Podium veranstaltet. Nach dem Dresdner Kirchentag traute sich nun auch der Kirchentag in Hamburg 2013 nicht, eine Veranstaltung dazu zu machen.

Herzliche Einladung das Dokument und weitere Nachrichten über das besetzte Palästina in diesem Journal zu entdecken!

Über Ihre Rückmeldungen freuen wir uns.

Die Redaktion
redaktion@dpg-netz.de



Inhalt	Seite 1
Bericht: Kinder in Haft	Seite 2
Nachrichten aus Palästina	Seite 2
Deutsche und EU-Nahostpolitik	Seite 3
Kommentare	Seite 3
Aktivitäten	Seite 4
Schwerpunkt: Archäologie und Geschichte Kairos-Palästina-Dokument	Seite 6
Weltweite Solidarität	Seite 7
Bücher und Filme	Seite 8
Projekthilfe	Seite 8
Kunst	Seite 8
Impressum	

Ein Kind wird verhaftet



Mahmud Tahab Duan, geboren am 6. April 2000, 7. Klasse Boys School in Azzun/ besetztes Palästina, festgenommen von der israelischen Armee in der Nacht vom 11. zum 12. Februar 2013, auf dem Bild mit seiner Mutter.

„In der Nacht vom 11. zum 12. Februar rissen mich israelische Soldaten aus dem Bett. Ich hatte fest geschlafen und stand unter Schock, als ich die Soldaten in meinem Zimmer sah. Meine Mutter brachte mir meine Kleider und half mir beim Anziehen, weil ich am ganzen Körper zitterte.

Die Soldaten zerrten mich aus dem Haus und banden mir draußen Plastikbänder um die Handgelenke. Die Arme musste ich hinter dem Körper halten. Einer spuckte mich an, und als ich dem ausweichen wollte, flog mein Kopf gegen die Wand, und ich holte mir eine Beule unter dem Auge. Jemand drückte mir einen Lappen ins Gesicht, die anderen schlugen auf mich ein. Dann wurden meine Augen verbunden und man schubste mich in einen Jeep.“

So beginnt der Bericht, den der junge Mahmud dem Fallarbeiter der israelischen Menschenrechtsorganisation B´Tselem, Abdulkarim Sadi, gab.

Der 9000 Einwohner zählende Ort Azzun südlich von Tulkarem ist zum Zentrum der Verhaftungen von Kindern in der Westbank geworden. „Im Februar 2013 sitzen 58 Kinder und Jugendliche aus Azzun in israelischen Arrestzellen, im gesamten Jahr 2012 waren es 150, über 90% unter 16 Jahren“, berichtet der kommunale Beauftragte für „Kinder unter Arrest“ in Azzun, Hassan Shubaita

Verstoß gegen UN Kinderrechtsdeklaration

Die Verhaftung des 12-jährigen Mahmud ist ein klarer Verstoß gegen die UN Deklaration für die Rechte des Kindes, die auch von Israel unterzeichnet wurde.

Am 26. Juni 2012 veröffentlichte die englische Zeitung „The Guardian“ eine Untersuchung hochrangiger englischer Juristen über die Respektierung der Rechte von palästinensischen Kindern und Jugendlichen in der Westbank unter der Überschrift: „Israel unterwirft palästinensische Kinder einer Spirale der Ungerechtigkeit – eine vom Außenministerium unterstützte Delegation von britischen Juristen sagt, dass die Behandlung aus dem Glauben heraus resultieren könne, dass jedes palästinensische Kind ein potentieller Terrorist ist.“

Liest man die Aussagen des Kindes Mahmud aus Azzun und vergleicht diese mit den Ergebnissen des vollständigen Berichts aus dem Guardian, so stellt sich das Handeln der Soldaten in seinem Fall wie eine Blaupause dar:

„Die Soldaten brachten mich und vier andere Jungen aus Azzun in das Quedumim Military Camp und nach etwa einer halben Stunde ins Ariel Military Center. In einem Raum befand sich ein großer Tisch, an den ich mich setzen und meine jetzt vor dem Körper gefesselten Hände auf den Tisch und den Kopf auf die Hände legen musste. Bei der ersten Befragung trug ich noch die Augenbinde. Sie fragten, wie viel Steine ich geworfen hätte. Ich habe aber keine Steine geworfen, ich war um 18.30 Uhr in unserem Geschäft, mein Vater kam kurz nach 18 Uhr wie immer von der Arbeit und hat mich dort gesehen. Andere haben angeblich gesagt, ich hätte doch Steine geworfen. Ein Polizist schlug mir ins Gesicht und sagte dann, wenn ich zugebe, dass ich Steine geworfen habe, dann würden sie sich dafür einsetzen, dass ich höchstens zwei Jahre bekomme. Ich sollte jetzt ein Papier unterschreiben, das ich aber nicht lesen konnte, weil es auf Hebräisch geschrieben war. Als ich mich wieder geweigert habe, haben sie mir Fingerabdrücke genommen und ein Foto gemacht. Dann steckten sie mich in einen Container. Nach einer halben Stunde kamen sie wieder und sagten, Saleh hat ausgesagt, ich hätte Steine geworfen und boten wieder an, die Strafe auf zwei Jahre zu begrenzen, wenn ich gestehe. Ich habe furchtbare Angst gehabt, denn vielleicht wird mein Vater ja jetzt bestraft und kann nicht mehr in Israel arbeiten.

Wir sind eine arme Familie. Aber ich habe trotzdem nichts gestanden. Sie brachten mich am 12.2. abends in einem Jeep zum Satara Checkpoint, wo mich mein Vater nach kurzer Zeit abholte.“ Für die Freilassung seines Kindes musste der Vater 1000 Schekel bezahlen, umgerechnet etwa 250 Euro. Der Tagesverdienst eines palästinensischen Arbeiters in Israel beträgt nach Abzug seiner Fahrtkosten zum jeweiligen Checkpoint etwa 140 Schekel, wovon eine zumeist große Familie ernährt werden muss.

Siedlergewalt

Warum sich die israelische Armee seit März 2009 auf die Verhaftung von Kindern und Jugendlichen in Azzun zu konzentrieren scheint, darüber gibt es nur Vermutungen. Zum einen ist Azzun in unmittelbarer Nähe von Siedlungen umgeben, deren „natürliches Wachstum“ sie immer stärker an den Ort heranrücken lassen. Diese Siedler sind besonders aggressiv, bewerfen den Ort mit Steinen, ebenso palästinensische Autos, wie ich bei meinem Aufenthalt 2011 selbst erlebt hatte. Die Siedler suchen auf diese Weise nach einem Weg, die Straße, die bislang noch von Palästinensern benutzt werden darf und ins Kernland Israel führt – Tel Aviv ist nur eine knappe halbe Autostunde entfernt – für Palästinenser zu sperren. Zum anderen versucht die Armee in zunehmendem Maße mit vielfältigen Tricks und Versprechungen Kollaborateure unter den Verhafteten zu rekrutieren.

Die Gewalt der Siedler hat nach Aussage von Saul Takahashi, UN-Officer for the High Commission of Human Rights (OCHR), ebenso wie die Gewalt der Armee bei Demonstrationen erheblich zugenommen. 600 Fälle von Siedlergewalt gegen Palästinenser wurden im vergangenen Jahr registriert – mit unterschiedlichem Ausmaß, unter anderem: Autos abfackeln, Olivenbäume ausreißen, Moscheen beschmieren, Schulkinder gewaltsam auf ihrem Weg zur Schule behindern. Bei den Gewaltdelikten vermutet Takahashi eine hohe Dunkelziffer, denn viele Palästinenser haben Angst vor einer Anzeige, die bei der

israelischen Polizei eingereicht werden muss; sie befürchten, dass ihnen als Konsequenz aus ihrem „unbotmäßigen“ Verhalten ein Berechtigungsschein für die Arbeit in Israel oder ein eventuell erforderlicher Besuch in einem israelischen Krankenhaus verweigert wird. Aus der Sicht des UN-Officers besteht das größte Problem darin, dass etwa 90% aller Untersuchungen unter den Tisch fallen.

Auch unser friedliches Dorf ist von Verhaftungen nicht verschont geblieben: Am Abend des 17. Februar drang die israelische Armee in Jayyous ein und nahm den 17-jährigen Assad Sager Mohammad Shamasneh in seinem Haus fest, ohne den Eltern mitzuteilen, wohin ihr Sohn gebracht wird. Die Freiwilligen unseres Teams kümmerten sich um diesen Fall und gaben Informationen an das Internationale Rote Kreuz weiter.

Ekkehart Drost

Von Februar bis Mai 2013 war Drost Ökumenischer Friedensdienstler für das „Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel“ (EAPPI) für ein Ende der Besatzung des Weltkirchenrates (WCC/ÖRK)

Abdallah Frangi



„Er wird mit Präsident Abbas diskutieren, aber er wird kein Gewicht für eine Lösung der Konflikte in der Region mitbringen. Wenn man so eindeutig pro-israelisch handelt, bleibt der Einfluss gering. Die Deutschen hätten die Chance, zwischen Israelis und Palästinensern zu vermitteln. Aber das können sie nicht, solange sie so einseitig agieren.“

Abdallah Frangi über Bundesaußenminister Guido Westerwelle im Interview mit RP-online vom 20.11.2012. Frangi ist persönlicher Berater des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und war lange Jahre palästinensischer Gesandter in Deutschland.

Nachrichten aus Palästina

Palästina in der UNO

Am 29. November 2012 ist Palästina als Beobachterstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen worden. Insgesamt stimmten 138 Staaten dafür, dass die Palästinenser fortan den Beobachterstatus eines Nicht-Mitgliedstaats erhalten. Neun Staaten votierten dagegen, darunter die USA und Israel. Enthaltungen kamen neben Deutschland aus 40 weiteren Staaten.

Bislang hatten die Palästinenser bei der UNO nur eine einfache Beobachterrolle, vergleichbar mit internationalen Organisationen. Nun kann der Staat Palästina UN-Organisationen und völkerrechtlichen Verträgen beitreten. Außerdem erhält Palästina Zugang zur internationalen Gerichtsbarkeit.

Friedensfilmpreis

Der dänisch-palästinensische Regisseur Mahdi Fleifel ist für seinen Film „A World Not Ours“ mit dem Friedensfilmpreis anlässlich der Berlinale 2013 ausgezeichnet worden. Fleifel stammt aus dem Flüchtlingslager Ain el-Helweh im Süd-Libanon. Sein Vater und er dokumentierten mit der Kamera das Leben der Familie und des Lagers.

www.friedensfilm.de

Protest-Zeltendorf gegen Siedlerstadt



Junge palästinensische Aktivisten errichten das Protest-Zeltorf Bab Al Shams auf dem E 1 genannten Gebiet zwischen der Siedler-Kolonie Maale Adumin und Jerusalem. Foto: Oren Ziv/Activestills.org

Im Dezember 2012 hat die israelische Regierung angekündigt, weitere 3000 Wohnungen zwischen Jerusalem und der Siedler-Kolonie Maale Adumin zu bauen und in die Infrastruktur 40 Millionen Euro zu investieren. Für dieses E 1 genannte Siedler-Gebiet werden voraussichtlich fast 13 Quadratkilometer palästinensisches Land enteignet. Das Land gehört Menschen aus Al-Aizaryah (Bethany), Abu-Dis, Anata und Issawiya. Es wird von Beduinen landwirtschaftlich genutzt.

Mit einem Zeltorf hatten palästinensische Aktivisten gegen die neue Kolonie protestiert, die einmal den Norden der Westbank vom Süden abschneiden wird. Die Demonstranten nannten ihr Dorf „Bab Al-Shams/Sonnentor“ nach einem Roman

von Elias Khoury. „Das „Sonnentor“ ist unser Tor in die Freiheit und in den Widerstand und das Tor nach Jerusalem und für die Rückkehr“, hieß es bei den Aktivisten.

Kinder als Gefangene

Jedes Jahr werden im Durchschnitt rund 700 palästinensische Kinder, meist Jungen, von der israelischen Armee, Polizei und Sicherheitsagenten verhaftet, verhört und inhaftiert - schätzungsweise 7000 Kinder während der letzten zehn Jahre, berichtete das UN-Kinderhilfswerk UNICEF in einem Report vom Februar 2013.

Zusammenfassend weist der Bericht darauf hin, dass die Misshandlung palästinensischer Kinder in israelischer militärischer Haft weit verbreitet, systematisch und institutionalisiert ist. Diese Folgerung zieht UNICEF aus Berichten über das Ausmaß und die Fortdauer der Misshandlungen über eine Periode von zehn Jahren. Seit April 2010 gebe es Änderungen seitens Israels zu manchen Praktiken wie Fesselung, Information betroffener Eltern und Recht auf Beratung mit Anwälten.

Weniger Christen in Jerusalem

Seit dem Millennium hat sich die Zahl der Christen unter den Einwohnern der Palästinen-sergebiete halbiert, wie Radio Vatikan mitteilte. In Jerusalem selber, wo 1948 noch 27.000 Christen lebten, leben heute nur noch 5.000 Christen.

Diese Zahlen dokumentierte der christlich palästinensische Professor Hanna Issa. Der Generalsekretär des islamisch-christlichen Ausschusses für den Schutz Jerusalems und der Heiligen Stätten bezeichnete diese Entwicklung als „soziale Katastrophe“. Die Gründe: zum einen wanderten viele Familien aus, um einen Arbeitsplatz oder einen Studienplatz zu finden. Zum anderen begünstige das im Vergleich zur muslimischen Bevölkerung niedrigere Bevölkerungswachstum diese Entwicklung.

Pfarrer Manuel Musallam, der bei der Fatah die Abteilung für die Beziehungen zu christlichen Gemeinden leitet, forderte die Palästinen-serbehörde zu Maßnahmen auf, um das Bleiben der Christen zu fördern.

Kampfdrohnen-Einsatz in Gaza

In dem achttägigen israelischen Militäreinsatz gegen den Gazastreifen im November 2012 sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen 36 von den insgesamt 162 Toten durch israelische Kampfdrohnen getötet worden. 24 davon waren Zivilisten. Weitere 100 Menschen wurden durch Kampfdrohnen verletzt. Drohnenangriffe (72) machten fünf Prozent der israelischen Militärangriffe (1.350) aus, sind aber für 23 Prozent der Todesfälle verantwortlich. Andere israelische Angriffe erfolgten mit Kampfpjets, Artillerie und Kriegsschiffen.



Nablus/Westbank, 11.02.2013. Palästinenserinnen und Palästinenser demonstrieren in Nablus für die hungerstreikenden Gefangenen in israelischen Gefängnissen: Ayman Sharawneh (über 220 Tage), Samer Issawi (203 Tage), Tareq Q'adan und Ja'far Aiz Din (77 Tage).

Foto: Ahmad Al-Bazz/Activestills.org

Deutsche und EU-Nahostpolitik

Niederlande fordern Kennzeichnung von Siedlungsprodukten

Die niederländische Regierung hat die Händler aufgerufen, zukünftig Produkte aus den israelischen Siedlungen im besetzten Palästina und von den Golan Höhen zu kennzeichnen. Nach Großbritannien und Dänemark sind die Niederlande damit das dritte europäische Land, das eine solche Kennzeichnung empfiehlt. Läden, die dieser Empfehlung nicht folgen wollen, müssen aber keine Strafe fürchten.

Folgende Waren sollen gekennzeichnet werden: Obst und Gemüse, Wein, Honig, Olivenöl, Fisch, Fleisch, Huhn, Eier und Kosmetika. Der niederländische Außenminister Frans Timmermans betonte, man wolle nicht zur Wirtschaft der illegalen Siedlungen beitragen.

Protest kam vom israelischen Botschafter in den Niederlanden, Haim Divon: Eine solche Kennzeichnungsempfehlung würde zu einem Boykott solcher Produkte und vielleicht zu einem Boykott israelischer Produkte insgesamt führen, berichtet die israelische Zeitung Haaretz.

Migros präzisiert Herkunft ihrer Produkte

Die Schweizer Handelskette Migros präzisiert die Herkunftsdeklaration ihrer israelischen Produkte. Die Migros-Kunden erkennen künftig, ob ein Produkt aus dem Kernland Israels oder aus einer israelischen Siedlung stammt. Je nachdem sind die Produkte mit «Israel» oder beispielsweise mit «Westbank, israelisches Siedlungsgebiet» gekennzeichnet.

Bei den Produkten aus israelischen Siedlungsgebieten handelt es sich saisonal um einzelne Früchte- und Gemüsesorten, berichtet die Migros.

Als einzige Produkte stammten bisher die Sodastream-Geräte aus den Siedlungsgebieten. Der Hersteller hat sich aus eigenem Antrieb dazu entschlossen, die Schweiz nur noch mit Produkten zu beliefern, die aus dem israelischen Kernland, aus China oder den Niederlanden stammen.

Wächst bald ein „Wald der SPD“ im Negev?

Das Vorhaben der SPD, dem Staat Israel zum 65. Staatsjubiläum, das am 16. April gefeiert wurde, einen Wald im nördlichen Teil der Negev-Wüste zu schenken, ist auch in Israel teilweise auf starke Ablehnung gestoßen.

„Die SPD muss wissen, dass ihre Spenden für den Wald eine klare Unterstützung der grausamen und rassistischen israelischen Politik bedeuten“, erklärte die palästinensische Knesset-Abgeordnete Haneen Zoabi von der von Azmi Bishara gegründeten Partei Nationale Demokratische Allianz. Die israelische Politik zielt darauf ab, die Palästinenser in Israel ihres Landes zu berauben und das Land der Palästinenser zu judaisieren. Auch die jüdisch-arabische Menschenrechtsorganisation „Negev Coexistence Forum for Equal Rights“ (NCF) bezog gegen den SPD-Wald Position. Die Koordinatorin, Anne Rose Siegel ermutigte die SPD-Mitglieder, unabhängig vom Jüdischen Nationalfonds zu entscheiden, ob dieses Projekt wirklich mit den Werten der Partei zu vereinbaren ist.

Das „Negev Coexistence Forum“ hatte in einem Brief an die SPD darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu Darstellungen, das Projekt sei zum Nutzen „der lokalen Einwohner ebenso wie des ökologischen Systems“, die Enteignung der indigenen Beduinenbevölkerung vorangetrieben würde. In dem Brief hieß es: „Die Bäume, für die Ihr zu Spenden aufruft, dienen dazu, die beduinischen Besitzer des Landes auf Abstand zu halten und ihre physische Rückkehr zu verhindern, während die Erinnerung an ihre einst blühenden Gemeinschaften ausgelöscht wird.“ Die Pläne der israelischen Regierung zur Schaffung eines großen Wald- und Parkgebiets hätten zur Folge, dass Zehntausende von Beduinen das Gebiet verlassen müssten.

Ein Mitglied des Jerusalemer Stadtrats von der sozialdemokratisch orientierten Partei Meretz nannte die Idee der SPD "sehr unglücklich". Meir Margalit meinte, sie sende die Botschaft, die SPD stehe hinter der Vertreibungs- und Siedlungspolitik von Ministerpräsident Netanyahu. Wichtig sei ein Ende der Besatzung, sonst

werde Israel zusammenbrechen. (Henning Hintze)

EU-Parlament für Palästina

Das Europäische Parlament hat Palästinas Antrag auf Staatsanerkennung als "legitim" bezeichnet. "Das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat ist ebenso unanfechtbar wie das Recht Israels auf ein Bestehen innerhalb sicherer Grenzen", heißt es in der Resolution, die vom Parlament per Handzeichen angenommen wurde.

Das Parlament bekräftigte seine nachdrückliche Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der vor 1967 bestehenden Grenzen mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und betonte, dass direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern unverzüglich wiederaufgenommen werden sollten.

Die Resolution unterstreicht, dass "keine Änderungen gegenüber den vor 1967 bestehenden Grenzen, auch in Bezug auf Jerusalem, akzeptiert werden sollten, die nicht von den Parteien vereinbart wurden."

Handelsabkommen mit der EU

Ein Handels-Abkommen zwischen der EU und der Palästinensischen Behörde gewährt seit 2012 Landwirtschafts- und Fischereiprodukten aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen einen direkten, zollfreien und weitgehend kontingentfreien Zugang zum euro-päischen Markt. Der Import palästinensischer Produkte unterliegt bislang der unmittelbaren Kontrolle der israelischen Zollbehörden.

Derzeit stellt die Palästinensische Behörde den kleinsten Handelspartner in der euro-mediterranen Region und einen der kleinsten weltweit dar. Das Gesamthandelsvolumen belief sich im Jahr 2009 auf 56,6 Millionen Euro, von denen 50,5 Millionen EU-Exporte waren. EU-Importe der Palästinensischen Behörde wurden im Jahr 2009 auf 6,1 Millionen Euro beziffert. Davon machten landwirtschaftliche Produkte 70,1 % aus. Die neuen Importbestimmungen gelten zehn Jahre.

EU-Missionschefs zur C-Zone

In ihrem jährlichen nicht offiziell veröffentlichten Bericht haben sich die EU-Missionschefs in Jerusalem und Ramallah mit der Entwicklung der C-Zone auseinandergesetzt. Hier ein Auszug aus dem Dokument:

„In Übereinstimmung mit dem Oslo-Abkommen besteht die Westbank ausgenommen Ostjerusalem aus drei Zonen:

Zone A (18 % des Landes, 55 % der Bevölkerung) steht unter palästinensischer ziviler und Sicherheitskontrolle;

Zone B (20 % des Landes, 41 % der Bevölkerung) steht unter palästinensischer ziviler und geteilter israelisch-palästinensisch ziviler und Sicherheitskontrolle;

Zone C (62 % des Landes, 5,8 % der Bevölkerung) steht unter voller israelischer Sicherheitskontrolle und fast vollständiger israelischer Zivilkontrolle.

1972 betrug die Anzahl der israelischen Siedler in Zone C 1.200; 1993 waren es 110.000 und 2010 (außerhalb von Ostjerusalem) 310.000 Personen. Die Anzahl der Siedler in Zone C beträgt heute mehr als das Doppelte der geschätzten Zahl von Palästinensern (150.000). Die Siedler leben in 124 formellen Siedlungen und ungefähr 100 informellen Siedlungen (so genannten Außenposten und nach israelischem Gesetz illegal).

Die Gegenwart der Palästinenser in Zone C wurde durch verschiedene administrative Maßnahmen, Planungsvorschriften und andere von Israel als Besatzungsmacht angewandte Mittel ständig unterminiert. Vor 1967 gab es im Jordantal zwischen 200.000 und 320.000 Palästinenser. Heute beträgt ihre Zahl 56.000 (von denen 70 % in Zone A in Jericho leben). Durch die zunehmende Integration der Zone C in Israel selbst wurden die palästinensischen Gemeinden in demselben Areal immer mehr isoliert. Während des vergangenen Jahres hat sich die allgemeine Situation in Zone C noch verschlechtert. Wenn die laufenden Trends nicht zum Stillstand gebracht und umgekehrt werden, scheint

die Einrichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen von vor 1967 noch ferner als je zuvor.

Das Fenster für eine Zweistaaten-Lösung schließt sich rasch mit der ständigen Erweiterung der israelischen Siedlungen und der Zugangsbeschränkungen für Palästinenser in Zone C, dem einzigen zusammenhängenden Areal der Westbank, das Zone A und Zone B umgibt. Zone C enthält wichtige natürliche Ressourcen und Land für das zukünftige demographische und wirtschaftliche Wachstum eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Daher sind Bemühungen in Zone C durch die Palästinensische Autoritätsbehörde (PA) und die EU, einen Staat zu bauen, von alleräußerster Wichtigkeit, um die Schaffung eines lebens- und nachbarschaftsfähigen palästinensischen Staates zu unterstützen. Eine volle und wirksame palästinensische Entwicklung in Zone C wird die Wiederzuweisung von Zone C zu den Zonen A und B erfordern.

Dieses Ziel muss auf politischer Ebene verfolgt werden. Befähigende Maßnahmen sollten jedoch in der Zwischenzeit fortgesetzt werden, um die palästinensische Anwesenheit in und die Entwicklung dieser Zone zu unterstützen.

Die Umsetzung der folgenden Vorschläge würde die Situation in Zone C verbessern

A. Israel zur Veränderung seiner Politik und seines Planungssystems für Zone C zu motivieren und die palästinensischen Gemeinden beim Zugang und der Entwicklung zu beteiligen.

B. Die Verletzbarkeit von Land und Bevölkerung zu reduzieren und eine bessere Koordinierung

C. der Grundversorgung („basic needs deliveries“: Gewährleistung der wichtigsten öffentlichen bzw. kommunalen Bedürfnisse, Anm. d. Übers.) nach Zone C möglich zu machen.

D. Die wirtschaftliche Entwicklung in Zone C zu fördern.

E. Die Sichtbarkeit und Zuverlässigkeit der Gewährung von Hilfen nach Zone C zu erhöhen."

Kommentare

Alle Waffenstillstandsbrüche in Gaza aufdecken!

"Provokation durch Palästinenser", "Mehrfach haben Palästinenser die Waffenruhe mit Israel gebrochen" und "Erster Gaza-Luftangriff Israels seit November" waren die reißerischen Überschriften deutscher Medien Anfang April zum Nahost-Konflikt. Diese schlichtweg falsche Berichterstattung verstärkt das Feindbildschema und suggeriert dem Leser eine völlig falsche Realität vor Ort.

Es ist zwar richtig, dass Israel zum ersten Mal seit November letzten Jahres Luftangriffe flog. Doch wer die Ereignisse vor Ort seit dem zwischen Israel und der Hamas im November vereinbarten Waffenstillstand kontinuierlich verfolgt, weiß, dass ein Waffenstillstand anders aussieht. Von Ende November bis Ende Februar

tötete Israel im Gaza-Streifen vier Palästinenser und verletzte 91. Seit dem Waffenstillstand schossen israelische Soldaten 63 Mal auf palästinensische Zivilisten und 30 Mal griff die israelische Marine palästinensische Fischer an. Nicht zuletzt drangen insgesamt 13 Mal israelische Truppen in den Gaza-Streifen ein.

Diese Zahlen wurden nicht nur von palästinensischen Quellen erhoben, sondern sind für die Öffentlichkeit auch auf den Seiten des UN-Büros für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) allgemein zugänglich.

Aus dem Gaza-Streifen erfolgten angesichts dieser Gewalttaten keine Reaktionen, sodass diese israelischen Angriffe, um im deutschen medialen Jargon zu sprechen, keine Vergeltungs-schläge sind. Sie sind in der Tat israelische Provokationen zur Förderung neuer Eskalationen.

Über die zahlreichen Waffenstillstands-

brüche seitens Israels zu berichten, wäre die Aufdeckung eines Missstandes sowie das Hinterfragen von Gegebenheiten. Die Glaubwürdigkeit der deutschen Medienlandschaft wird bedauerlicherweise durch gebetsmühlenartig wiederholte einseitige Schuldzuweisungen untergraben.

*Salah Abdel Shafi,
Botschafter Palästinas in Deutschland*

Ist UN-Anerkennung nur Symbolpolitik?

Dass eine so überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft Palästina als Staat anerkannt hat, ist ein großer symbolischer Erfolg. In Euphorie sollten wir indes nicht verfallen. Dass sich für die unter Besatzung und permanenter Schikane leidenden Menschen nichts verändert hat, ist wohl unumstritten. Aber darüber hinaus bleiben die für eine – eigentlich schon längst tote – Zwei-staatenlösung elemen-

tarsten Fragen ungelöst: Land, Jerusalem und das Rückkehrrecht.

Die Palästinensische Autonomiebehörde, die nur die Palästinenser in der Westbank repräsentiert, hat die Reduzierung der ursprünglichen 43% des historischen Palästinas auf 18% akzeptiert, wie J. Massad im Guardian feststellt – bedenkt man die Annexionen, Siedlungen und militärischen Gebiete, so bleiben nur 10%. Während die Welt den Palästinensern einen symbolischen Sieg verschafft, baut Israel weiter Siedlungen und zementiert die Besatzung - gerade in Jerusalem, von wo zudem möglichst viele Palästinenser vertrieben werden. Und die Flüchtlinge? Präsident Mahmud Abbas hat etwa einen Monat vor der Abstimmung in Aussicht gestellt, auf deren in zahlreichen UN-Resolutionen festgeschriebenes Rückkehrrecht zu verzichten. Bleibt die Möglichkeit der Palästinenser, gegen israelische Kriegsverbrechen vor den Inter-

nationalen Strafgerichtshof zu ziehen. Aber laut Abbas wird diese Möglichkeit nur im Falle einer israelischen Aggression in Betracht gezogen. Reichen die alltäglichen Aggressionen und bisherigen Kriege nicht aus?

Die Welt darf sich nicht zurücklehnen. Sie muss Israel dazu drängen, endlich die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten, anstatt Symbolpolitik zu betreiben. Mut macht der im März 2013 von 23 Mitgliedern des Europaparlaments unterschriebene Brief an Lady Ashton, in dem sie die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens fordern.

Wiebke Diehl

Aktivitäten

Im Tränengasnebel von Ni'lin

Ribhi Yousef, der seine Heimatstad Niliin zum ersten Mal seit 1967 besucht, sein Verwandter und ich fahren nach Niliin. Es ist Freitag. Und wie an jedem Freitag organisieren die Bürger von Ni'lin, die durch den Bau der Mauer zum zweiten Mal seit 1948 Felder an jüdische Siedler verloren haben und mit weiterer Landenteignung rechnen müssen, eine Friedensdemonstration.

Wir erreichen die Stelle, an der gleich das Freitagsgebet beginnen soll und treffen in Gruppen sitzende einheimische Männer, verteilt unter den Olivenbäumen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Solidaritätsgruppen aus Japan, Frankreich, Deutschland und anderen Ländern, fast 300 Personen. Anders als in Deutschland sehe ich weder Fahnen noch Plakate, und ich höre keine Rufe. Lediglich ein jugendlicher hisst die einzige palästinensische Fahne. Nur der Prediger hält ein Megaphon in der Hand und spricht die Betenden an. Kaum ist das Gebet beendet, dürfen wir, Ribhi als Sohn der Stadt Ni'lin und ich als Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ein Wort an die versammelten Friedensdemonstranten richten. Dann gehen die Menschen friedlich und schweigend in Reihen auf einem Feldweg Richtung Mauer.

Nach zehn Minuten sind wir nur etwa 100 Meter von der 8 Meter hohen Mauer, die von einem eisernen Tor verschlossen ist, entfernt. Ein Sprecher hält das Megaphon und richtet zunächst einen Gruß an die jüdischen Siedler gegenüber und an die auf uns wartenden israelischen Soldaten. Auf Hebräisch teilt er mit, dass diese Demonstration friedlich sei und dass die Menschen lediglich an ihr Recht erinnern wollen. Es sei genug und es dürfe keine weitere Beschlagnahme von Land und Boden geben. Er erinnert daran, dass der Olivenbaum Bestandteil des Landes sei, und dass seine Zerstörung die Zerstörung des Friedens bedeute, den der Baum symbolisiere.

Gerade als der Sprecher sein Statement beendet, werden zwei Soldaten auf der anderen Seite der Mauer auf einem Podest gesichtet. "Jetzt geht es los!" heißt es plötzlich.



Der Sprecher der Demonstration in Ni'lin hält seine Megaphon auf die Siedler-Kolonie hinter der Mauer gerichtet. Foto: Nazih Musharbash

Ein israelischer Soldat richtet eine Art Gewehr auf und feuert die erste Patrone, aus der eine weiße Wolke strömt, auf die Menge ab. Die Demonstranten teilen sich in zwei Gruppen auf, laufen dem Wind entgegen und lassen das Tränengas möglichst nicht auf sich einwirken. Dann werden zwei weitere Patronen auf die neu gebildeten Gruppen geworfen, die sich in noch kleinere Gruppen aufteilen.

Einmal dreht der Wind in die westliche Richtung, so dass das aus den Patronen strömende Tränengas die israelischen Soldaten selbst erreicht. Gelächter und Jubel sind hörbar! Der Jugendliche mit der einzigen Palästinafahne steht plötzlich auf einem alten Stumpf eines Olivenbaumes. Ich nehme meinen Fotoapparat, laufe Richtung Mauer und ignoriere die Warnungen meiner Nachbarn. Kaum in der Nähe der Mauer angekommen, spüre ich einen brennenden Schmerz in den Augen und einen stechenden Reiz in den Atemwegen. Spontan laufe ich mit geschlossenen Augen in die andere Richtung. Hier werde ich von wartenden Männern empfangen, die mir helfen wollen. Ein Mann überreicht mir Blätter eines Strauches, die ich mit den Fingern zerdrücken und an die Nase halten soll. Ich inhaliere das ätherische Öl dieser Blätter und ich spüre eine enorme Verbesserung. - Wie hier mit friedlichen Demonstranten umgegangen wird, ist für mich eine Erfahrung, die mich tief berührt hat. Nach einer weiteren halben Stunde kehren die Demonstranten genauso friedlich, wie sie gekommen sind, zurück.

Für die nächste Friedensdemonstration gibt es keine Ankündigung. Es versteht sich von selbst: Man trifft sich an jedem Freitag an derselben Stelle zur selben Zeit und das seit Jahren!

Nazih Musharbash

Palästina-Solidaritätspreis 2012 für Palästina-Portal

Zum ersten Mal wurde am 8. Dezember 2012 der Palästina-Solidaritätspreis an den Betreiber des „Palästina-Portals“, den Dortmund Künstler Erhard Arendt, durch die "Palästinensische Gemeinde Deutschland" verliehen. Die Preis-verleihung fand vor weit über einhundert Besuchern in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin statt und stand unter der Schirmherrschaft des Palästinensischen Botschafters in Deutschland, S. E. Botschafter Salah Abdel Shafi.

Das „Palästina-Portal“ existiert seit 10 Jahren. Seit dieser Zeit ist der Künstler „Kriegsteilnehmer“. Dass sich Arendt kurz nach seiner Pensionierung dem Nahostkonflikt zu- und von seinen diversen Kunst-Projekten, die er sich für seinen „Unruhestand“ vorgenommen hatte, abwendete, hatte auch mit seiner Neigung zu sozial- und zeitkritischen Fragen zu tun, die ihn zeitlebens künstlerisch beschäftigt haben.

Erhard Arendt nennt folgende Beweggründe für sein Israel-Palästina-Engagement: Erstens sehe er Parallelen zwischen seinem Wirken und dem seines Großvaters. Ihm sei es primär zu verdanken gewesen, dass er kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges die bereits vom Kommandanten beschlossene Zerstörung der Stadt Hemer abwenden konnte; sie wurde kampfflos übergeben. Ebenfalls sollten auf Befehl die russischen Kriegsgefangenen getötet werden, was er ebenfalls verhindert habe.

Zweitens musste Arendt als dreijähriger von der Wohnung aus mit ansehen, wie Kriegsgefangene bittend und bettelnd vorbeigetrieben worden seien. Drittens kam die über Jahrzehnte dauernde Verarbeitung der Naziverbrechen an den europäischen Juden hinzu. „Als im Jahre 1941 Geborener musste ich aber lernen zu verstehen, dass eigentlich fast alle um mich herum durch ihr Schweigen, ihr Nicht-Sehen- und Nicht-Wissen-Wollen sich an den unvorstellbaren Verbrechen mitschuldig gemacht haben.“ Aus der Wahrnehmung der Lüge „Wir haben es nicht gewusst“, wurde für Arendt ein „Nie wieder“ und auch, dass „Schweigen ein Verbrechen sein kann.“

Viertens war die Bekanntschaft mit einem Palästinenser überaus prägend. Vorher habe Arendt die Palästinenser immer nur als „Terroristen“ wahrgenommen, so wie es durch die elektronische Berichterstattung vermittelt worden sei. Durch Gespräche wurde ihm bewusst, dass nicht die Israelis immer nur die Opfer und die Palästinenser immer nur die Täter seien, sondern durch eine Umkehrung käme man der Wahrheit wesentlich näher. Eine der Hauptsachen des Konflikts zwischen „dem Westen“ und der islamischen Welt liege im ungelösten Nahostkonflikt. An der Entstehung und Fortdauer dieses Konfliktes trage „der Westen“ durch sein „Nicht-handeln, Schweigen und Verschweigen maßgeblich bei“.

„Wider alle Menschenrechte wird seit Jahrzehnten den Palästinensern unsagbares, verbrecherisches Unrecht angetan. Aus dem verinnerlichten ‚Nie wieder‘, das sich auf alle Gesellschaften und Religionen bezieht, war es für mich ein Beweggrund, ja sogar ein inneres Muss, über das Geschehen aufzuklären. Das ‚Nie wieder‘ endet nicht in der Anerkennung unserer Schuld den Juden gegenüber. Wenn wir wirklich unsere Lehren aus dem Holocaust gezogen haben, dürfen wir nie wieder zu neuem Unrecht schweigen.“ Mit dieser Haltung steht er exemplarisch für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina.

In seinem einführenden Worten ging Botschafter Abdel Shafi auf die prekäre Lage seines Volkes unter israelischer Besatzung ein. Er bedauerte den „Wankelmut der deutschen Regierung bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung“. Wenig Hoffnung bestehe noch für eine Zwei-Staaten-Lösung; dafür sei es fünf vor zwölf, so der Botschafter.

In seiner Dankesrede erwähnte Erhard Arendt u. a. die massiven Anfeindungen, Verleumdungen und Diffamierungen seitens aggressiver rechtszionistischer Extremisten der „Israellobby“, die jegliche Kritik an den menschenverachtenden Methoden der israelischen Besatzungsmacht als „Antisemitismus“ diffamieren. Diese Attacken werden noch gesteigert durch schriftliche und telefonische Morddrohungen. Andere Extremisten zeigten den Betreiber des „Palästina-Portals“ wegen „Volksverhetzung“ (!) und anderer unsinniger Vorwürfe an, die aber alle von

der Staatsanwaltschaft als un-begründet eingestellt worden seien.

Mit der Auszeichnung des „Palästina-Portals“ hat die Jury politisches Gespür bewiesen. Erhard Arendt hat sich über ein Jahrzehnt für die Rechte der Palästinenser eingesetzt. Diese gelebte Solidarität dient dem Ziel eines wirklichen Friedens im Nahen Osten mehr als alle inhaltsleeren Sonntagsreden.

Ludwig Watzal

Antisemitismusvorwurf gegen Film „Wir weigern uns, Feinde zu sein“ zurück-gewiesen

Der evangelische emeritierte Theologieprofessor Reinhold Mokrosch, Vorstandsmitglied der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft Osnabrück“ und der „Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Osnabrück“ empfiehlt den Film für die Arbeit an Schulen. Der Film versuche in „großartiger und anerkennender Art und Weise, beide Seiten zu sehen und den Konflikt historisch beidseitig aufzuarbeiten.“ Freilich würden Israelis interviewt und gezeigt, die das Unrecht der Besatzung und der Besiedlung palästinensischen Territoriums auf der Grundlage des Völkerrechtes kritisieren. Aber das entspricht der Meinung unzähliger Israelis und ist m.E. filmisch berechtigt.

Außerdem werden in dem Film manche der interviewten Palästinenser als sehr patriarchalisch, ja frauenunterdrückerisch gezeigt, so dass ein recht negatives Licht auf diese Personen im Film fällt.“

Der Vorwurf des Antisemitismus und einer indirekten Unterstützung der Neo-Nazi-Szene sei aus seiner Sicht ungeheuerlich.

„Wir weigern uns Feinde zu sein. Den Nahost-Konflikt verstehen lernen – Deutsche Jugendliche begegnen Israelis und Palästinensern“ ist ein Dokumentar-film von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde und bei Landesmedienstellen ausleihbar.

Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Nordrhein-Westfalen (Süd)
Name: Peter Bingel
Email: nrw@dpg-netz.de

Köln und Umgebung
Name: Petra Schöning
Email: koeln@dpg-netz.de

Düsseldorf
Name: William Hodali
Email: duesseldorf@dpg-netz.de

Hamburg und Umgebung
Name: Dr. Dieter und Eva Lehmann
Email: hamburg@dpg-netz.de

Hannover
Name: Dr. Wilhelm Wortmann
Email: hannover@dpg-netz.de

Frankfurt / Main
Name: Khalil Toama
Email: frankfurt@dpg-netz.de

Trier
Name: Hazem Shehada
Email: trier@dpg-netz.de

Oldenburg/Ostfriesland
Name: Isam Elkorhaly
Email: oldenburg@dpg-netz.de

Ruhrgebiet
Name: Dr. Yousef Ribhi
Email: ruhrgebiet@dpg-netz.de

Osnabrück und Umgebung
Name: Nazih Musharbash
Email: osnabrueck@dpg-netz.de

Bremen
Name: Dr. Detlef Griesche
Email: bremen@dpg-netz.de

Berlin
Name: Jürgen Sendler
Email: berlin@dpg-netz.de

Südbayern
Name: Jörg Steinhardt
Email: suedbayern@dpg-netz.de

Kassel
Email: kassel@dpg-netz.de

Was ist Kairos Palästina?

Ein Dokument macht Hoffnung

Eine Gruppe palästinensischer Christen und Christinnen aus verschiedenen Kirchen und kirchlichen Organisationen hat im Dezember 2009 einen leidenschaftlichen und vom Gebet erfüllten Aufruf zur Beendigung der Besetzung Palästinas durch Israel veröffentlicht.

Das Dokument fragt die internationale Gemeinschaft, die politischen Verantwortlichen in der Region und die Kirchen in aller Welt nach ihrem Beitrag zur Unterstützung der Freiheitsbestrebungen des palästinensischen Volkes. Der Appell wird in Anlehnung an einen Kairos- Aufruf, den südafrikanische Kirchen 1985 auf dem Höhepunkt der Unterdrückung unter dem Apartheidregime erlassen haben, "Kairos-Palästina-Dokument" genannt. Der damalige Aufruf hatte Kirchen und Weltöffentlichkeit aufgerüttelt und zu konzertierten Aktionen veranlasst, die die Apartheid letztlich beendet haben.

Die Verfasser und Verfasserinnen des Kairos Palästina-Dokuments, darunter der emeritierte Patriarch Michel Sabbah vom Lateinischen Patriarchat in Jerusalem und der griechisch-orthodoxe Erzbischof Theodosios Atallah Hanna von Jerusalem, bringen in dem Aufruf ihren Schmerz zum Ausdruck und beklagen die leeren Versprechungen und Ankündigen von Frieden in der Region. Sie erinnern die Weltgemeinschaft an die Trennmauer, die auf palästinensischem Gebiet errichtet worden ist, an die Blockade von Gaza, daran, dass israelische Siedlungen ihr Land verwüsten, an die Erniedrigung an den Militärposten, die Einschränkung der Religionsfreiheit und den kontrollierten Zugang zu den heiligen Stätten, an das Los der Flüchtlinge, die darauf warten, in ihre Heimat zurückkehren zu können, an die Gefangenen in israelischen Gefängnissen, an Israels eklatante Missachtung des Völkerrechts wie auch an die Lähmung der internationalen Gemeinschaft angesichts dieser Tragödie.

Sie weisen Israels Rechtfertigung, seine Aktionen dienten der Selbstverteidigung, zurück und erklären: "Wenn es keine Besetzung gäbe, gäbe es auch keinen Widerstand, keine Angst und keine Unsicherheit." Ihr Argument lautet: "Gott hat uns nicht für Streit und Kampf geschaffen, sondern dafür, dass wir gemeinsam das Land in Liebe und gegenseitigem Respekt aufbauen. (...) Wir glauben, dass unser Land einen universellen Auftrag hat, (...) und die Verheißung des Landes (war) zu keiner Zeit ein politisches Programm, sondern vielmehr der Auftakt zur vollständigen universellen Erlösung. (...) Unsere Verbundenheit mit diesem Land ist keine bloße ideologische oder theologische Frage, sondern ein natürliches Recht." Sie weisen jeden Bezug auf die Bibel zur Legitimierung oder Untermauerung politischer Optionen und Positionen, die auf Unrecht basieren, zurück.

Die Gruppe erklärt die Besetzung Palästinas als Sünde und hält an den Zeichen der Hoffnung fest wie z.B. "lokale theologische Zentren" und "zahlreiche Zusammenkünfte zum interreligiösen Dialog". Diese Hoffnungszeichen unterstützen den Widerstand gegen die Besetzung. In der Logik des friedlichen Widerstands ist Widerstand ein Recht und eine Pflicht, denn er hat das Potenzial, die Versöhnung zu beschleunigen.

Die Unterzeichnenden erklären, dies sei die Zeit der Buße für Verhalten in der Vergangenheit – Hass als Instrument des Widerstandes oder Bereitschaft zur Gleichgültigkeit oder zur Übernahme falscher theologischer Positionen – und sie rufen die internationale Gemeinschaft und die Palästinenser auf, in dieser Zeit der

Prüfung standhaft zu bleiben. "Kommt und seht (...), damit wir euch die Wahrheit über unsere Wirklichkeit erzählen."

Sie enden mit einem bewegenden Schlusswort: "Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus. Wir glauben an Gott, an den gütigen und gerechten Gott. Wir glauben, dass am Ende Seine Güte den Sieg über das Böse des Hasses und des Todes davontragen wird, die noch immer in unserem Land herrschen. Wir werden hier 'ein neues Land' und 'einen neuen Menschen' entdecken, der imstande ist, sich im Geiste der Liebe zu allen seinen Brüdern und Schwestern zu erheben."

Kairos Palästina als weltweite Bewegung

Interview mit Rifat Kassiss



Rifat Kassiss aus Beit Sahour hat weltweit in verschiedenen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen gearbeitet. Seit 2000 lebt er wieder im besetzten Palästina. Der Menschenrechtsaktivist hat viele Initiativen, wie z.B. die Alternative Tourism Group und Netzwerke etwa die Occupied Palestine and Syrian Golan Heights Advocacy Initiative (OPGAI) mitgegründet. Er arbeitet als Berater für den Weltkirchenrat und als Buchautor. Er ist außerdem Koordinator von Kairos Palästina.

PJ: Welche Bedeutung hat Ihre private Initiative, ein christliches Dokument über die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser zu verfassen, für die palästinensische Gesellschaft?

RK: Das Dokument ist von vielen palästinensischen christlichen Persönlichkeiten und Organisationen angenommen worden, um damit in ihrem Gemeinden zu arbeiten: Die Kirchenoberhäupter haben es ebenfalls empfohlen. Der Zusammenschluss der christlichen Organisationen hat das Dokument angenommen und stellt es weiterhin in das Zentrum seiner Arbeit und seiner Erklärungen. Über diesen ökumenischen Zuspruch hinaus, haben sich alle palästinensischen politischen Parteien über das Dokument als ein grundlegendes palästinensisches geäußert: eine Botschaft, die nicht nur Christinnen und Christen vertritt, sondern insgesamt die Palästinenser. Viele säkulare Organisationen und Graswurzelbewegungen haben auf Kairos-Palästina reagiert, indem sie die Zusammenarbeit mit uns suchen. Und wir haben infolge dessen viele gemeinsame Projekte mit Organisationen wie dem palästinensischen Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen, mit Arij, Badil, der BDS-Bewegung etc. gemacht. Die muslimische Gemeinde in Palästina und in einigen anderen Ländern hatte mehrere Treffen mit den Kairos-Autoren, zwecks Kooperation und Solidarität. Heute haben wir eine Frauenbewegung und eine Jugendbewegung um das Kairos-Dokument herum aufgebaut, das beide Bewegungen als ihre vision für Gegenwart und Zukunft betrachten.

PJ: Es gibt viel Kritik am Dokument. Ein Kritikpunkt, der geäußert wird, lautet: Vergesst dieses Dokument! Schließlich ist es nicht einmal ein offizielles Papier der Kirchen. Stimmt das?

RK: Es ist wahr, dass das Kairos Dokument kein offizielles Dokument ist. Aber das ist seine Stärke. Das Dokument repräsentiert die Menschen und nicht die Kirchenleitungen. Wir wollten es von Anfang an so haben. Aus diesem Grund sprechen die

Autorinnen und Autoren für sich und ihre Leute, nicht die Kirchen oder die Oberhäupter dieser Kirchen. Wir betrachten diese Herangehensweise als unsere Entscheidung und als unsere Stärke: Wir möchten die wahre Stimme der Menschen und nicht die ihrer Einrichtungen zu vertreten.

PJ: Ein Ziel des Dokuments ist es, „Hoffnung zu schaffen, wo es keine Hoffnung gibt“. Sehen Sie Schritte, die bereits erreicht worden sind?

RK: Ich sehe, dass um uns herum viele Veränderungen geschehen. Zum einen sehe ich insgesamt mehr Kirchen und Christen, die sich auf das Anliegen der Palästinenser einlassen und für einen gerechten Frieden in unserer Region arbeiten wollen. In vielen Ländern haben sich Kairos-Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit uns verbinden wollen. Bis jetzt haben sich in 16 Ländern Kairos Netzwerke gebildet und arbeiten eng mit uns zusammen. Es gibt säkulare, nationale, regionale und internationale Bewegungen, die ebenfalls den Wunsch haben mit uns zusammen zu arbeiten. Der entscheidende Punkt ist aber, dass viele unserer Leute durch das Dokument inspiriert sind und sich entschieden haben, eher positiv im Kampf mitzuwirken als passiv zu bleiben.

PJ: Was versteht Kairos Palästina unter „Kampf“?

RK: Der Kampf gegen Ungerechtigkeit ist für gläubige Menschen Pflicht. Christinnen und Christen sollten nicht gleichgültig bleiben, wenn Menschenwürde und Menschenleben auf dem Spiel stehen. Und wie wir im Kairos-Dokument schreiben: Wir meinen, dass wir als Christen gegen die israelische Besetzung Widerstand leisten müssen. Widerstand ist für Christen ein Recht und eine Pflicht, doch das Grundprinzip ihres Widerstandes ist die Liebe. Es muss sich daher um einen kreativen Widerstand handeln, das heißt, es müssen menschliche Wege gefunden werden, die die Menschlichkeit des Feindes ansprechen. Im Antlitz des Feindes die Würde Gottes zu sehen und im aktiven Widerstand nur solche Positionen zuzulassen, in denen sich diese Vision widerspiegelt, ist der wirksamste Weg, die Unterdrückung zu beenden und den Unterdrücker zu zwingen, von seiner Aggression abzulassen.

PJ: Wie haben sich die deutschen Kirchen gegenüber dem Dokument verhalten?

RK: Wir haben eine offizielle Reaktion von deutschen Kirchen erhalten. Die Antwort war nicht negativ; dennoch sind wir der Meinung, dass die deutschen Kirchen angesichts ihrer Vergangenheit, positiv und aktiver in den palästinensischen Kampf einbringen sollten und härter für einen gerechten Frieden in unserer Region arbeiten sollten. Der Begriff „nie wieder“ sollte alle unterdrückten Völker überall auf der Welt umfassen; er sollte nicht nur gegenüber einer Nation allein gelten. Andererseits sind wir in Kontakt mit deutschen Einzelpersonen und Organisationen, die in Deutschland am Aufbau eines Kairos-Netzwerks arbeiten und in Solidarität mit uns handeln. In diesem Sinn sehen wir dort auch Zeichen von unermüdlicher Arbeit und Hoffnung und Veränderung. Wir glauben an die Macht des Menschen und an das was geschehen kann, wenn sie zusammen kommen.

PJ: Wer unterstützt Kairos Palästina in Deutschland?

RK: Bis jetzt ist es eine kleine authentische Bewegung, die daran arbeitet die Kairos-Bewegung zu etablieren. Sie hat das Potenzial zu wachsen und zu bestehen.

PJ: Aus der Kairos Palästina Bewegung ist eine weltweite Bewegung von Südafrika bis Schweden geworden. Woher erhalten sie die meiste Unterstützung?

RK: Wie schon gesagt, wir glauben an die Macht der Menschen selbst; von ihnen erhalten wir die größte Unterstützung. Viele Kirchen, viele Christinnen und Christen und viele christliche Organisationen sprechen und arbeiten auf der Seite der Wahrheit. Unsere neugegründete „Global Kairos“, Bewegung für Gerechtigkeit breitet sich in den Ländern des Südens und des Nordens aus. Es ist schwer einzelne Länder zu nennen, aber Südafrika, Indien, USA und die Niederlande sind an der Spitze dieser Bewegung.

PJ: Vielen Dank, Herr Kassiss

Kommt und seht! Reisen nach Palästina und Israel

Im Kairos-Palästina-Dokument fordern die Autoren Reisewillige auf: Kommt und seht! Nehmt Anteil an unserer Situation unter Besatzung, zeigt uns eure Solidarität und tragt dazu bei, dass wir in Menschenwürde und Frieden leben können. Neben bekannten Reisezielen wie Jerusalem, Bethlehem, Nazaret und Tiberias lohnt sich auch ein Besuch im christlichen Dorf Taybeh (biblisches Efraim), in Hebron, Nablus, Jericho, im Friedensprojekt: Zelt der Völker, in der Universität Bethlehem, in Neve Schalom/Wahat Al Salam etc.

Deutsche Reiseveranstalter, deren Reisen auch nach Palästina führen , sind z.B. Bayerisches Pilgerbüro, Eine-Welt-Reisen, Ex Oriente Lux, Taz Reisen in die Zivilgesellschaft, Kultours und Regenbogen. Empfehlenswerte Reiseführer für Reisen in Palästina: Walking Palestine – ein Wanderführer für die Westbank (2012, englisch) Palästina – Reisen zu den Menschen (deutsch, 2011, Reihe Reise Know-how). Der umfassendste und kenntnisreichste Palästina-Reiseführer ist derzeit beim Palmyra Verlag, Heidelberg, in Arbeit.



Christen von Beit Jala feiern Gottesdienst auf dem von der Mauer und Siedlungen bedrohten Land. Das Land in der Nähe des Klosters Cremisan gehört zum Teil der katholischen Kirche und wird zum Teil von Einwohnern von Beit Jala. Mit wöchentlichen Gottesdiensten wehren sie sich gegen die Besatzung. Foto: röm

Keine Gewalt im Namen Gottes – Buch Joshua darf Besetzung nicht rechtfertigen.

Kirchen sagen: „Keine Gewalt mehr im Namen Gottes“ Buch Joshua darf Besetzung nicht rechtfertigen ÖRK/röm „Vor Gott und unseren Gemeinschaften sind wir verantwortlich gegenüber Juden und Jüdinnen für vergangenen und anhaltenden Antisemitismus, gegenüber Palästinenserinnen und Palästinensern seit dem Nakba, gegenüber muslimischen Nachbarn angesichts der Islamophobie, und auch gegenüber anderen“, erklärten Teilnehmende einer vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) unterstützten Konferenz im Februar 2012 in Hofgeismar. Die Konferenz brachte 45 christliche und jüdische Wissenschaftler, Theologen und

Studierende aus 15 Ländern in Nord- und Südamerika, Asien, Afrika, Europa und dem Nahen Osten zusammen. Gemeinsam widmeten sie sich dem Thema „Gewalt im Namen Gottes? Joshua in sich verändernden Kontexten.“

Das Buch Joshua wurde über viele Jahre benutzt, um Besetzungen und Ausbeutung zu rechtfertigen. Im 16. Jahrhundert wurde es in theologischen Debatten über die Kolonialisierung von Nord- und Südamerika herangezogen und von afrikanischen Ideologen benutzt, die die Zulu als „schwarze Kanaaniter“ bezeichneten. Auch heute noch wird das Buch von einigen Christen und Juden benutzt, um die Besatzungspolitik Israels zu rechtfertigen. Palästinensische Christen, die an der Konferenz teilnahmen, erzählten den anderen Teilnehmenden, wie das Buch Joshua von „mächtigen Parteien [benutzt werde], um die fortdauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete und die Siedlungspolitik zu rechtfertigen“ und so palästinensische Christinnen und Christen „nicht nur von ihrem Land, sondern auch von einem Großteil ihres biblischen Kanons zu entfremden“.

In Übereinstimmung mit den von der Internationalen Theologischen Konferenz des Weltkirchenrates zum Thema „Verheißenes Land“, die 2008 in Bern, Schweiz, stattfand, gezogenen Schlüsse, bekräftigten die Teilnehmenden, dass „dass die Bibel nicht dazu benutzt werden darf, Unterdrückung zu rechtfertigen oder grob vereinfachende Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen abzugeben und so den Konflikt zu sakralisieren und seine soziopolitischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Dimensionen außer Acht zu lassen.“

Diskussionen während der Konferenz haben gezeigt, dass viele begründete Auslegungen des Textes im Buch Joshua möglich sind, wenn sie aus verschiedenen Kontexten heraus betrachtet werden. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass ein hermeneutischer Ansatz, der auf Gerechtigkeit basiert, in der Auseinandersetzung mit diesem Text von entscheidender Bedeutung ist.

„Die biblischen Geschichten ermächtigen die Unterdrückten, sich aktiv für die eigene Emanzipation einzusetzen“, schließt die Erklärung der Konferenz.

Arbeitshilfe

Arbeitshilfe zum „Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina – die Stunde der Wahrheit – ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“, 68 Seiten, 4 Euro

Bestelladresse: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg (ACK), Staffenbergstraße 46, 0711/ 243114, www.ack-bw.de

Weltweite Solidarität

Deutschland

Kairos Palästina

Das deutsche Kairos Palästina-Solidaritätsnetz wurde im Juli 2012 unter dem Dach des ökumenischen Netzwerkes Kairos Europa e.V. gegründet. Vertreterinnen und Vertreter lokaler und bundesweiter Initiativen, Organisationen und Netzwerke versammelten sich in Frankfurt am Main, um der Bitte palästinensischer Kirchen zu entsprechen, das Unrecht der Besatzung Palästinas durch Israel gegenüber den Kirchen in der Bundesrepublik anzusprechen und gemeinsam nach Wegen zu dessen Überwindung zu suchen.

Das Kairos Palästina-Solidaritätsnetz will die innerkirchliche Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik sowie die proaktive Unterstützung des Boykottaufrufs gegenüber Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank an der Basis auf der Ebene von Gemeinden fördern und das Gespräch mit Kirchenleitungen, Hilfswerken und Verbänden suchen.

Koordination: Hildegard Lenz (Bremen),
Tel. 0421 - 68531806
LenzHilde@googlemail.com

KAIROSEuropa e.V. (Heidelberg) Tel.
06221 - 4333622,
www.kairoseuropa.de,
Vorsitzender: Prof. Dr. Ulrich Duchrow

KAIROSPalestine (Betlehem),
www.kairospalestine.ps

GEW lässt Israel-Karte korrigieren

Nach Mitgliederprotesten hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Landkarte in der Israel-Reiseangebotsanzeige ihres Reiseveranstalters, die Palästina nicht zeigt, zurückgezogen. Die GEW wirkte darauf hin, dass der Reiseanbieter die Landkarte korrigiert und das entsprechende Werbevideo aus dem Netz nimmt sowie keine weiteren Anzeigen mit der nichtkorrigierten Karte in anderen Printmedien schaltet.

Gedenkgang für NS-Opfer

Der palästinensische BDS-Aktivist Omar Barghouti hat während seines Besuchs in Berlin im März 2013 mit einem Gedenkgang Opfern des Nationalsozialismus und des Kolonialismus gedacht.

International

Weltsozialforum Freies Palästina



Vor der Demonstration „Für eine Welt ohne Mauern“ am 29. November 2012 beim Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien. Foto: röm

Berlin. Am Weltsozialforum Freies Palästina in Porto Alegre, Brasilien, vom 28. November bis 1. Dezember 2012 haben über 3000 Teilnehmer aus 36 Ländern, darunter acht aus Deutschland teilgenommen. Ein einzigartiges Erlebnis, diese vielen Gruppierungen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zu sehen und Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt kennen zu lernen. Prominente Teilnehmer waren u.a. Laila Khaled, Ronnie Kasrils und Angela Davies.

Dieses ausschließlich Palästina gewidmete Weltsozialforum hatte folgende Schwerpunkte: Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr; Menschenrechte und Völkerecht; Boykott, Abzug von Investitionen und Sanktionen (BDS) und die Kampfstrategien; Für eine Welt ohne Mauern und ohne Rassismus; Soziale Bewegungen und Formen des Widerstands. In den 150 Workshops ging es um alle Aspekte der Palästina-Solidarität. Überall sind die Palästina-Solidaritätsbewegungen angefeindet, ausgesetzt, gar juristischen Repressionsmaßnahmen, so z.B. in Kanada und in USA.

Ein bewegender Auftakt war am 27. November eine große Demonstration mit dem großen brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT durch die Stadt mit den schwungvollen jungen Aktivistinnen und Aktivisten aus Südafrika, Gaza und vor allem aus Brasilien.

Das Weltsozialforum hat der Palästina-Solidaritätsbewegung weltweit neue Impulse gegeben. Für uns deutsche Teilnehmer wurde deutlich, dass wir gut beraten sind, uns stärker in die internationalen Kampagnen einzubinden, wie schon erfolgreich zu Veolia, Agrexco, G4S. Größte Übereinstimmung über die kommende Palästina-Solidaritätsarbeit zeigte die Abschlussveranstaltung in der nachdrücklichen und lautstarken Zustimmung zu der internationalen BDS-Kampagne, einschließlich des kulturellen und akademischen Boykotts. Gemeinsame Abschlusserklärungen kennt das Weltsozialforum aber nicht. (Gisela Siebourg)

Russel-Tribunal

Kapstadt. Schwerpunkt des dritten und vorletzten Russell-Tribunals in Kapstadt war die Frage, ob die Behandlung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat den internationalen Definitionen von Apartheid entspricht. Das Russell-Tribunal zu Palästina wurde im März 2009 in Folge des Gaza-Krieges gegründet und lehnt sich in seiner Arbeitsweise und Zielsetzung an das Vietnam-Tribunal von 1966 in London an. Experten des internationalen Rechts wie John Dugard aus Großbritannien, Raji Sourani aus Gaza und Lea Tsemel aus Israel gaben ihre Einschätzungen ab. Am 7. November 2012 ging die Jury mit ihren Schlussfolgerungen an die Öffentlichkeit: Danach erfüllt die Behandlung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat den Tatbestand des Verbrechens der Apartheid gemäß Artikel 2 der UN-Anti-Apartheid-Konvention und Art. 7 Absatz 2 h des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs.

Nach Auffassung der Jury handelt es sich bei der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung um zwei unterschiedliche „rassische“ Gruppen im soziologischen Sinn. Als unmenschliche Akte von Apartheid gegen die palästinensische Bevölkerung führte sie u.a. die Politik der „gezielten Tötungen“, der Folter und der Freiheitseinschränkungen durch die Politik der willkürlichen Verhaftungen und Administrativhaft an. Einige Gesetze im israelischen Rechtssystem wie z.B. das Staatsangehörigkeitsgesetz privilegierten die jüdische gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. In der West Bank unterliegen alle Palästinenser dem israelischen Militärrecht während die jüdischen Siedler in der West Bank der zivilen Gesetzgebung und Zivilgerichten unterstünden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde z.B. mit dem Nakba-Gesetz verletzt, das die öffentliche Erinnerung an die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser 1948 verbietet.

In seinen Empfehlungen fordert das Tribunal die Staatengemeinschaft auf, gemeinsam dahingehend zu wirken, dass die israelische Apartheid-Politik durch Druck in internationalen Organisationen sowie in multi- und bilateralen Verträgen

beendet wird. Der Chefankläger des IStGH wird aufgefordert, für die Klage der palästinensischen Autonomiebehörde vom Januar 2009 bezüglich der Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg die Jurisdiktion zu akzeptieren. (Annette Groth)

Zehn Jahre EAPPI-Freiwillige

Genf. Das „Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel“ (EAPPI) hat in zehn Jahren 1062 Freiwillige aus 25 Ländern in Gaza, Jerusalem und in der Westbank eingesetzt. Ökumenische BegleiterInnen (EAs) verbringen drei Monate in gefährdeten Gemeinden, beobachten Menschenrechtsverletzungen und berichten darüber. Nach ihrer Rückkehr verbreiten sie das von ihnen Erfahrene als Anwälte für einen gerechten Frieden auf der Basis des internationalen Rechts.

EAPPI wurde 2002 als Antwort auf die Bitte um Hilfe der lokalen Kirchen in Jerusalem gegründet. Obwohl das Programm von allen Gemeinden unabhängig von ihrer Religion abrufbar ist, bleibt der Schutz lokaler Christen ein bedeutender Teil der Arbeit von EAPPI. Seit der Gründung sind die Einsatzorte von EAPPI auf sieben angewachsen: Jerusalem, Bethlehem, Hebron, das Hügelland im Süden von Hebron, Tulkarm und Jayyus. EAs nehmen am Leben palästinensischer Gemeinden unter Besatzung teil, arbeiten aber auch eng mit israelischen Friedensgruppen zusammen

<http://www.oikoumene.org/de/programm/e/oeffentliches-zeugnis-macht-hinterfragen-fuer-frieden-eintreten/kirchen-im-nahen-osten/pief/aktionswoche-fuer-frieden.html>

Waffenembargo gegen Israel

Nach dem letzten israelischen Militärangriff auf Gaza im November 2012 haben 52 Persönlichkeiten aus aller Welt zu einem Militärembargo gegenüber Israel aufgerufen. Darunter sind die beiden Nobelpreisträger Mairead Maguire und Adolfo Perez Esquivel, der ehemalige Pink Floyd Musiker Roger Waters, die Regisseure Mike Leigh, Aki Kaurismäki und Ken Loach, Pulitzer Preisträgerin Alice Walker, die international bekannten Autorinnen Naomi Klein und Judith Butler und der mittlerweile verstorbene Mitautor der Erklärung der Menschenrechte und Holocaustüberlebende Stéphane Hessel. Sie greifen damit auch einen Aufruf aus der palästinensischen Zivilgesellschaft für ein Waffenembargo gegenüber Israel von 2011 auf.

Europa

Fußballspieler für Gaza

Europäische Profi-Fußballspieler protestieren mit einer Petition gegen die Austragung der UEFA U21 Europameisterschaft in Israel. „Wir wissen, dass die israelische Armee am 10. November 2012 ein Sportstadion in Gaza bombardierte, was zum Tod von vier jungen Fußball spielenden Leuten geführt hat: Mohamed Harara und Ahmed Harara, 16 und 17 Jahre alt; Matar Rahman und Ahmed Al Dirdissawi, 18 Jahre alt. Wir wissen auch, dass zwei Fußballspieler des Clubs Al Amari, der 23-jährige Omar Rowis und der 22-jährige Mohammed Nemer, seit Februar 2012 in Israel ohne Anklage oder Prozess inhaftiert sind.“ Es sei inakzeptabel, dass Kinder beim Fußballspielen getötet werden. Wenn unter diesen Umständen die UEFA-U21-Europameisterschaft in Israel ausgetragen werde, werde dies als eine Belohnung für Handlungen verstanden werden, die das Gegenteil von Sportgeist darstellten.

USA

Synagoge lobt Palästina-Abstimmung der Uno

Drei Rabbiner einer New Yorker Synagoge (B'nai Jeshurun) haben die Abstimmung in der Uno-Vollversammlung, durch die der Status Palästinas zu einem Nichtmitgliedsstaat mit Beobachtercharakter aufgewertet wurde, als einen großen "Moment für uns als Bürger der Welt" bezeichnet. Sie hoffen, so ein Bericht in der New York Times, „dass der 29. November 2012 in Zukunft den Moment bezeichnen wird, der dem palästinensischen Volk ein nötiges Gefühl von Würde und Sinn brachte, der zu einem Ende von Gewalt führte und der die Zweistaatenlösung voranbrachte."

Kirchenführer kritisieren US-Militärhilfe

Fünfzehn führende Kirchenführer in den USA haben sich an den US-Kongress gewandt mit der Forderung, Militärhilfe an Israel nur zu gewähren, wenn die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht durch Israel sicher gestellt ist. Ihr Aufruf für ein Ende der unkonditionierten Militärhilfe wird von zahlreichen Einzelpersonen und Organisationen unterstützt.

Südafrika

ANC für Boykott, Abzug von Investitionen und Sanktionen (BDS)

Die Südafrikanische Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress (ANC) hat nach heftigem Gegenwind ihre Unterstützung gegenüber der palästinensischen Kampagne für Boykott, Abzug von Investitionen und Sanktionen (BDS) erklärt. Um der Resolution mehr Nachdruck zu verleihen, soll ein Steering Komitee eingerichtet werden, teile die südafrikanische BDS-Kampagne mit.

Kirchen für Tourismus

Eine südafrikanische Kirchendelegation hat sich nach einem Besuch im besetzten Palästina für mehr Tourismus nach Palästina ausgesprochen. Außerdem würden die Palästinenser die Welt um wirtschaftliche, kulturelle und andere Formen des Boykotts bitten – „eine Strategie, die uns in Südafrika geholfen hat, die Apartheid zu beenden. Wir glauben, dass es maximalen Druck auf Israel braucht, damit sich das Land an internationales Recht hält“, heißt es in der Erklärung der Kirchendelegation.

Palästina

Keep hope alive



Jugendgruppenleiter (17-25 Jahre) aus aller Welt sind vom 10.-18. August 2013 eingeladen, zusammen mit jungen Palästinensern mehr über deren Träume und Erfahrungen im besetzten Palästina zu erfahren. Ausflüge und die Möglichkeit bei einer Olivenenernte dabei zu sein, vermitteln ein genaues Bild des Alltags in Palästina. Weitere Informationen unter www.jai-pal.org. Dort findet sich auch die ausgezeichnete Broschüre „Keep hope alive“.

Das jährlich stattfindende Programm „Helft palästinensischen Bauern und ihren Familien, Olivenbäume zu pflanzen“, richtet sich an Erwachsene. Ausflüge nach Hebron, Bethlehem und Ramallah sind ebenfalls miteingeplant.

Kontakt:

Ibrahim Hannouneh
Media Officer / Exchange Programs Coordinator

E-Mail: ihannouneh@jai-al.org

Gazas Arche

Die Initiative Gazas Arche plant, palästinensische Waren aus Gaza auf „Gazas Arche“ zu exportieren und ruft zur Vorbestellung dieser Produkte auf. Hoffnung soll aufgebaut werden, indem die Arche vom besetzten Palästina aus gegen die Blockade segeln wird.

Die ersten acht Produkte, für die die Initiative Abnehmer im Ausland sucht, stammen von der Atfaluna Gesellschaft für Gehörlose Kinder und von der Al-Ahlyia Organisation für Palmen und Datteln. Neben getrockneten Datteln gibt es auch Kunsthandwerk.

<http://www.gazaark.org/products/>



Medien



BUCH

Siedlerkolonialismus

Der interessierte Beobachter hat den Eindruck, dass durch viele Publikationen insbesondere durch die israelischen kritischen Historiker zur Palästina-Frage schon alles gesagt ist. Das Buch von Petra Wild eröffnet jedoch noch eine neue überzeugende Perspektive. Es orientiert sich an den neuesten Erkenntnissen der Kolonialismus- und Genozidforschung und führt den Nachweis, dass der Zionismus sich bruchlos in die Tradition des europäischen Siedlerkolonialismus einordnen lässt. Die bekanntesten siedlerkolonialistischen Staaten sind die USA, Neuseeland, Australien, Südafrika und Israel. Der Begriff des Siedlerkolonialismus ist für die Autorin der Schlüssel, um von diesem Ansatz her die Logik der Apartheid und der ethnischen Säuberungen in Palästina zu verstehen und die konkreten Ausprägungen und Folgen der zionistischen Kolonialpolitik zu beschreiben. Damit nimmt die Autorin die Position der arabischen Welt auf, die den Zionismus schon immer als koloniales Projekt angesehen hat.

Da der zionistische Siedlerkolonialismus anders als der südafrikanische nicht auf die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung als billige Arbeitskräfte, sondern auf deren möglichst vollständige Ersetzung durch die Siedlerbevölkerung zielt, ist die schleichende ethnische Säuberung neben der Apartheid das Hauptmerkmal der zionistischen Kolonialpolitik. Kern der zionistischen Politik in Palästina ist die fortgesetzte „Judaisierung“ bzw. „Zionisierung“ des Landes und damit die „De-Arabisierung“ der betroffenen Gebiete.

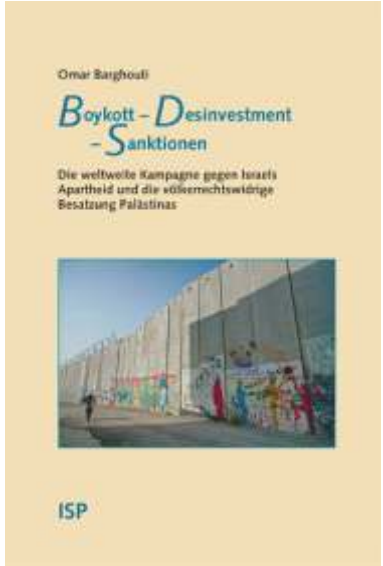
Wie diese Politik in der Praxis aussieht, wird in einzelnen und detailliert dokumentierten Kapiteln über Vertreibung, Landraub und Zerstörung der einheimischen Kultur der Beduinen im Naqab/Negev, das „warehousing“ und die Ghettoisierungspolitik in der Westbank, die ethnische Säuberung des Jordantals, die Blockade und die Kriege im Gaza-Streifen, die Enteignung lebenswichtiger Ressourcen (wie Wasser und Bodenschätze), die Gewalt der kolonialen Siedler sowie die „Hebronisierung“, d.h. die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung und die Zerstörung der historischen Stadt Jerusalem dargelegt.

Dass es dennoch einen Silberstreif am Horizont gibt, zeigt das Abschlusskapitel zur Debatte über die Ein-Staat-Lösung, wie sie unter Palästinensern, antizionistischen Israelis und Aktivisten der internationalen Solidaritätsbewegung geführt wird. Angestrebt wird die Errichtung eines demokratischen säkularen Staates auf dem Boden des historischen Palästinas, in dem muslimische, christliche und drusische Palästinenser sowie jüdische Israelis auf der Basis von gleichen Rechten zusammenleben. Der seinem Anspruch nach exklusiv jüdische Staat Israel soll durch einen multiethnischen, multi-religiösen und multikulturellen ersetzt werden.

Eine verdienstvolle, hochinteressante, viele Einblicke vermittelnde, anschauliche, ehrliche aber auch bedrückende Analyse, die Partei für die seit Jahrzehnten um Recht und Selbstbestimmung kämpfenden Palästinenser nimmt.

Gerhard Dilschneider (unter Verwendung von Verlags- und Buchtexten)

Petra Wild, *Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina - Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat*, Promedia Verlag, Wien, 232 S.



BUCH

Gute Argumente für BDS

Im Jahre 1879 organisierten irische Bauern eine Blockade gegen den Landverwalter Charles Boycott. Sie forderten eine Senkung der Pacht und bessere Arbeitsbedingungen, was sie schließlich auch durchsetzen konnten. Der Boycott wurde zu einer Waffe der Schwachen und Unterdrückten gegen die Mächtigen.

Die BDS-Kampagne entstand in der palästinensischen Zivilgesellschaft und richtet sich gegen die israelische Besatzung, die Militärverwaltung, den fortgesetzten Siedlungsbau und die Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser. Barghouti erklärt die BDS-Kampagne, die sich den Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime zum Vorbild nimmt, habe einen gewaltfreien und antirassistischen Charakter. Sie zielt vor allem auch auf den akademischen und kulturellen Bereich ab, weil fast alle israelischen Universitäten mit der Armee und der Besatzung kooperieren. In vielen Ländern, darunter Australien, Skandinavien, Südafrika und in den USA haben bereits Boykott-Aktionen gegen Israel stattgefunden. „Niemand hat mehr für den geistigen, rechtlichen und moralischen Aufbau der BDS-Bewegung getan als Omar Barghouti. Die globale Solidaritätsbewegung für Palästina ist dadurch umgestaltet worden; sie steht vor einem größeren Durchbruch“, sagt Naomi Klein, Autorin von No Logo! „Zum ersten Mal haben wir eine prägnante und ergreifende Argumentation für die BDS-Strategie gegen Israel vor uns. Niemand ist besser geeignet, eine solche Argumentation zu entfalten als Omar Barghouti, wie sein Buch deutlich zeigt. ... Es ist ein Muss für alle, die an der Sache der Palästinenser interessiert und ihr verpflichtet sind, gleichgültig welche Haltung sie zu BDS im Besonderen einnehmen“, meint Ilan Pappé, Professor an der Universität Exeter und Autor von Die ethnische Säuberung Palästinas. Und Judith Butler, Professorin an der Universität von Kalifornien in Berkeley ergänzt: „Barghouti erinnert uns daran, was Verantwortung der Öffentlichkeit bedeutet. Wir sind froh, seine unerbittliche und intelligente Analyse und Argumentation lesen zu können. Es gibt keine umfassendere und überzeugendere Argumentation für den Boykott, den Abzug von Kapital und Sanktionen als die seine, um Israels Besatzung zu beenden und die Rechte der Palästinenser durchzusetzen.“

Omar Barghouti, Boykott – Desinvestment Sanktionen Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas 232 Seiten, kartoniert, 19,80 €, 2012, ISBN 978-3-89900-136-5



BUCH

Beeindruckende Arafat-Biographie

Dieses Buch gehört zu den umfassendsten Biographien, die über Arafat erschienen sind. Kapeliuk hat Arafat über 150 Mal getroffen und interviewt. Er war in seinen Augen ein pragmatisch, sympathisch und sogar liebenswürdiger Mensch. All dies passt nicht zu der Charakterisierung von Menachem Begin, der Arafat als »Hitler« oder als »Biest auf vier Beinen« bezeichnet hatte. Ganz anders als die israelischen Politiker beschreibt ihn Nelson Mandela in seinem Vorwort. Für ihn war er und „für alle Menschen, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen“, wird er „stets ein leuchtendes Vorbild bleiben“.

Was nur wenigen bekannt ist, Arafat war ein Pragmatiker; dies war eine seiner herausragenden Eigenschaften. Deutlich wird dies durch zwei zentrale Ereignisse: So setzte Arafat 1974 den Grundsatz, dass nur der bewaffnete Kampf „Palästina“ befreien könnte, gegen heftigsten Widerstand außer Kraft. Und die Gründung Palästinas unter Anerkennung des Existenzrechts Israels am 15. November 1988 in Algier erforderte ebenfalls sein ganzes politisches Können.

Zu diesem Pragmatismus passte es, dass für ihn „Palästina“ seine Ideologie war. Ebenso verhielt er sich in religiösen Fragen. Er hatte zahlreiche christliche Berater um sich versammelt. Er sorgte dafür, dass Christen und Juden ein besonderer Status in der palästinensischen Verfassung eingeräumt wurde. Ebenso verhielt er sich gegenüber dem Islam: „Die Scharia soll nicht zur Rechtsgrundlage des Staates werden, aber das palästinensische Recht wird die islamische Tradition berücksichtigen.“

Kapeliuk lässt keinen Zweifel daran, wer für das Scheitern des Oslo-Prozesses oder von Camp David im Jahr 2000 verantwortlich zeichnet: die jeweiligen israelischen Ministerpräsidenten. In den USA und Europa halten sich dagegen hartnäckig Gerüchte, Israel habe großzügige Angebote unterbreitet, nur habe Arafat diese ausgeschlagen. Dass dies Legenden und Mythen sind, weiß inzwischen jedes Kind, nur die politischen Eliten in diesen Regionen wollen es nicht wahr haben. Beim Oslo-Prozess wurden die Palästinenser getäuscht, der schließlich von Benjamin Netanyahu torpediert worden ist. In Camp David bestand das „großzügige Angebot“ de facto aus Bantustans. Mehr wird es auch in Zukunft nicht geben, wenn man sich die Fakten vor Ort ansieht. Ein beeindruckendes Buch, das neben biographischem auch die gesamte Geschichte Palästinas vermittelt.

Ludwig Watzel

Amnon Kapeliuk, Yassir Arafat — Die Biographie, Vorwort von Nelson Mandela,

552 Seiten , Register ,43 Schwarzweißfotos, 2 Karten

Gebunden, 29,90 Euro



FILM

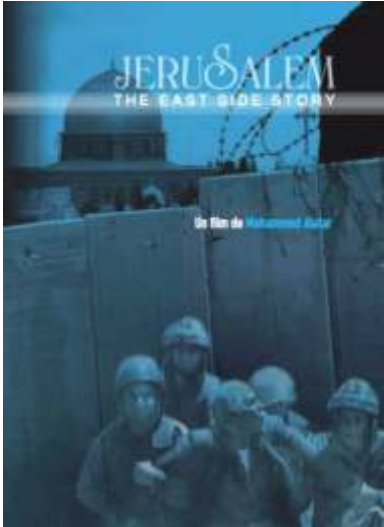
Little Town of Bethlehem

Buch & Regie: Jim Hanon, 2010, 77 Min., englisch

Der Film folgt den Geschichten dreier Männer unterschiedlichen Glaubens und ihrem Leben in Israel und Palästina. Er dokumentiert ihren gewaltfreien Aktivismus für Gleichheit inmitten einer Kultur von Gewalt. Ihre Geschichten machen Hoffnung, dass ein gerechter Frieden nicht nur möglich ist, sondern zur Realität werden kann.

Sami hört in Bethlehem als Teenager von Dr. Martin Luther King Jr. Er besucht Vorlesungen über Gewaltfreiheit in der Schule. Später reist er nach Indien und beschäftigt sich mit Gandhi. Yonatan wird wie sein Vater Pilot der israelischen Armee, er erfüllt seinen eigenen Traum und wird Hubschrauberpilot. Später entscheidet er sich, gemeinsam mit 26 anderen Piloten der Armee öffentlich die Teilnahme an Missionen zu verweigern, die zu Opfern in der Zivilbevölkerung führen würde. Ahmad kehrte nach dem Studium in Spanien nach Bethlehem zurück, um Schulungen in Gewaltlosigkeit abzuhalten. Trotz der täglichen Herausforderungen des Lebens in einem Flüchtlingslager engagiert sich Ahmad in gewaltfreien Aktionen für ein Ende der Unterdrückung.

Info und Kauf übers Internet:
<http://littletownofbethlehem.org/special-savings-on-a-screening-license/>



FILM

Jerusalem The East Side Story

Mohammed Alatar, Palästina 2008 57 Min., Dokumentarfilm, OmU, DVD

ist ein außergewöhnlicher und bewegendender Film, der die Zuschauer mithinein nimmt in das Leben in Ost-Jerusalem. Der palästinensische Filmregisseur Mohammed Alatar beleuchtet die geschichtliche Entwicklung des Nahostkonflikts insbesondere um die Stadt Jerusalem. Er zeichnet die wichtigsten historischen Etappen seit der israelischen Staatsgründung nach – 1948 wird der Westteil Jerusalems, seit 1967 auch der östliche Teil der Stadt von Israel kontrolliert – und konzentriert sich hierbei auf die Aus-

wirkungen der israelischen Besatzungspolitik auf die Bewohner. Er thematisiert auch die Frage nach der Zukunft: denn ohne eine Lösung des Konfliktes um die Stadt Jerusalem wird es keinen Frieden in der Region geben können. Im Film kommen neben BewohnerInnen Jerusalems israelische und palästinensische PolitikerInnen, Menschenrechtsaktivistinnen und politische Beobachter zu Wort.

Alltagsszenen aus Jerusalem mit morgendlichen Wetter- und Verkehrsnachrichten, Luft- und Straßenbildern, Marktszenen und öffentlichen Gebetsriten eröffnen das Panorama und zeigen das normale Leben. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Zeit des englischen Mandats von 1920/23 bis 1947/48 mit historischem Schwarz-Weiß-Filmmaterial schließt sich an. Breit wird die UN-Resolution vom November 1947 zur Teilung Palästinas gezeigt: 56 Prozent des Landes wurden dem jüdischen Teil zugesprochen, der Rest dem arabischen. Dabei machte die jüdische Bevölkerung, meist Einwanderer aus Europa, damals nur ein Drittel aus, und ihr gehörten nur sechs Prozent des Bodens. Jerusalem und Betlehem wurden der UN-Verwaltung unterstellt.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Diese Entwicklung löste bei den Palästinensern und den arabischen Nachbarn einen Schock und das Gefühl aus, verraten worden zu sein. Krieg war die Folge. Dieser israelische „Unabhängigkeitskrieg“ endete mit einem Sieg Israels, dem nunmehr 78 Prozent des Landes zufielen. Beim Waffenstillstand von 1949 mit Jordanien, Ägypten und dem Libanon wurden mit General Dajans grünem Stift die Grenzen gezogen und gingen hinfort als Green Line in die Geschichte ein. Die Westbank und Ostjerusalem samt Altstadt wurden vom jordanischen König annektiert; Jerusalem wurde geteilt.

Dies alles führte zu einem Flüchtlingsdrama großen Ausmaßes: Etwa 2.000 Juden mussten die Altstadt verlassen, etwa 750.000 Palästinenser wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land. „Ein langes Kapitel der jüdischen Geschichte wurde abgeschlossen, ein langes Kapitel in Palästinas Geschichte begann.“ 19 Jahre später, nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 gab es erneut eine innerstädtische Flüchtlingsbewegung: die Rückkehr der Juden in die Altstadt und die Umsiedlung von Palästinensern aus und nach Ostjerusalem

Kauf und Ausleihe
Evangelisches Zentrum für Entwicklungsbezogene Filmarbeit
Kniebisstraße 29
70188 Stuttgart
Telefon: 0711-28 47 243
Fax: 0711-28 46 936
E-Mail: info@ezef.de

Palästina Journal

Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Humanitäre Hilfe: Spenden für palästinensische Flüchtlinge in Syrien

Liebe Leserinnen und Leser,

die Lage der Bevölkerung in Syrien ist durch die seit nun zwei Jahren andauernden gewaltsamen Ereignisse sehr prekär. Die palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien sind davon nicht unberührt geblieben.

Die Menschen in diesen Lagern – insbesondere – im Al-Yarmouk Lager südlich von Damaskus kämpfen ums Überleben. Früher wohnten in diesem Lager über 160.000 palästinensische Flüchtlinge, dazu kamen noch Zehntausende Syrer und

andere Araber. Zurzeit leben lediglich 25.000 Palästinenser im Al-Yarmouk-Lager, die übrigen sind geflohen. Viele davon mussten in den Libanon flüchten.

Alleine in dem palästinensischen Flüchtlingslager Nahr El-Bared im nördlichen Libanon bei Tripoli leben zur Zeit rund 25000 ehemalige AL-Yarmouk-Flüchtlinge.

Dahinter verbirgt sich eine massive humanitäre, medizinische und soziale Belastung, die die leidenden Menschen durch eigene Kraft nicht überwinden können.

Die Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft (DPMG e.V.) sieht sich angesichts dieser Notsituation veranlasst, zu helfen, um diese Phase für die Betroffenen erträglicher zu machen. Die Gesellschaft bittet Sie, den gemeinsamen Aufruf mit der Gesellschaft der Freunde von Al-Yarmouk aus Berlin mit Spenden zu unterstützen und den Hilferufen zu folgen.

Viele Grüße aus Berlin
Ingrid Koschorreck



Palästinensisches Flüchtlingslager Nahr El Bared im Libanon, Zuflucht für Flüchtlinge aus Al Yarmouk, Foto: röm

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Al Yarmouk“, Sparda West e.G., Düsseldorf, Konto-Nr. 600339210, BLZ 37060590

Offizielle palästinensische Gedenktage

und weitere Gedenktage an Ereignisse in Palästina

21. März
Internationaler Tag gegen Apartheid (1960)

UN-Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und Apartheid (Beschluss der Generalversammlung (3424) im Rahmen der ersten UN-Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung (1973-1983)).

22. März
Weltwassertag (1993)

Seit 2003 wird der Weltwassertag von UN-Water organisiert. An diesem Tag soll die ungerechte Entnahme und Verteilung von Wasser durch Israel im besetzten Palästina thematisiert werden.

30. März
Tag des Bodens

Der Tag des Bodens ist ein jährlicher Gedenk- und Protesttag in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Er richtet sich gegen die Landenteignung der arabischen Bevölkerung durch Israel.

17. April
Tag der Palästinensischen Gefangenen

An diesem Tag gedenken die Palästinenser ihrer inhaftierten Verwandten in den israelischen Gefängnissen.

15. Mai
Tag der Nakba

Nakba bedeutet Katastrophe und umschreibt die Vertreibung und Flucht der Palästinenser aus ihrer Heimat in den Jahren 1947/1948. Israel verbietet diesen Gedenktag per Gesetz.

20. Juni
Weltflüchtlingstag

2000 erklärte die UN-Generalversammlung mit der Resolution 55/76 zum bevorstehenden 50. Jahrestag der Gründung des UNHCR den 20. Juni zum Weltflüchtlingstag.

21. September
Internationaler Friedenstag

Am 21. September begehen die Vereinten Nationen den Internationalen Friedenstag, der jedes Jahr gefeiert wird, um dem Ideal des Friedens zu gedenken und es zu stärken.

07. Oktober
Tag der Palästinensischen Kultur

Palästina wird stets im Zusammenhang eines zentralen Konflikts wahrgenommen, der durch Krieg, Gewalt und Besatzung gekennzeichnet ist. An diesem Tag soll bewusst daran erinnert werden, dass Palästina über eigene Kultur und Tradition verfügt.

15. November
Tag der Unabhängigkeitserklärung (1988)

In Algier wird durch den Palästinensischen Nationalrat, einem Organ der PLO, die Unabhängigkeitserklärung verkündet. Jerusalem wird als Hauptstadt eines bisher nicht bestehenden Staates Palästina festgelegt.

29. November
Internationaler Solidaritätstag mit dem Palästinensischen Volk (1977)

Zur Erinnerung an die Verabschiedung der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1947, mit der Palästina geteilt wurde, wurde der 29. November zum Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk erklärt.

10. Dezember
Tag der Menschenrechte

Der Tag der Menschenrechte ist der Gedenktag zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde.

Zusammengestellt von Nazih Musharbash

Impressum

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Postfach 150426; 10666 Berlin;
Hektorstraße 17, 10711 Berlin
dpg@dpg-netz.de; www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Dieter Neuhaus (Frankfurt)
Petra Schöning-Raspe (Köln)
Jürgen Sendler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wilfried Röscher-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout und Druck

TS_DESIGN



TS_DESIGN MEDIA
Corbiestraße 1 · 37671 Hötter
Telefon 05271 959477
info@tsdesignmedia.com
www.tsdesignmedia.com

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint im Jahr 2013 zweimal

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 300 339 210
BLZ 370 605 90

gefördert durch



Welt Presse Foto 2012



Paul Hansen, Schweden, Dagens Nyheter

20. November 2012, Gaza Stadt, Palästinensische Gebiete

Der zweijährige Suhaib Hijazi und sein älterer Bruder Muhammad wurden getötet als ihr Haus durch einen israelischen Raketenangriff zerstört wurde. Ihr Vater, Fouad, wurde ebenfalls getötet und die Mutter kam auf die Intensivstation. Fouads Brüder tragen seine Kinder zur Moschee für die Beerdigung während sein Körper auf einer Trage dahinter ist.

Ausstellungstermine der Welpressefotos 2012

Hamburg

10. Mai 2013 – 9. Juni 2013

Gruner + Jahr AG & Co
Am Baumwall 11
Tel.: +49 40 3703 4000

Dortmund

7. Juni 2013 – 27. Juni 2013

Depot.Kulturort
Immermannstraße 29
Tel.: +49 231 900806

Berlin

12. Juni 2013 – 7. Juli 2013

Willy-Brandt-Haus
Stresemannstraße 28
Tel.: +49 30 25993785